



STELLUNGNAHME

Ihr/e Ansprechpartner/in

Dr. Matthias Mainz

E-Mail

matthias.mainz@ihk-nrw.de

Telefon

0211 367020

Datum

21.12.2017

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Lage bestens, Erwartungen gut – Konjunkturaussichten für Nordrhein-Westfalen ermöglichen Haushaltskonsolidierung und Investitionsoffensive

Eine gute wirtschaftliche Entwicklung ist die Voraussetzung für stabile Steuereinnahmen. Wirtschaftliches Wachstum sichert und schafft Arbeitsplätze, die wiederum Garant für wachsende Staatseinnahmen auf allen Ebenen sind. Um auch in Zukunft das Zusammenspiel von robustem Wirtschaftswachstum und steigenden Steuereinnahmen zu sichern, muss heute die Wachstumsbasis gefestigt werden. Die Investitionen der Unternehmen und des Staates etwa in Infrastrukturen und Bildung sind die Grundlagen von Wohlstand und Lebensqualität von morgen.

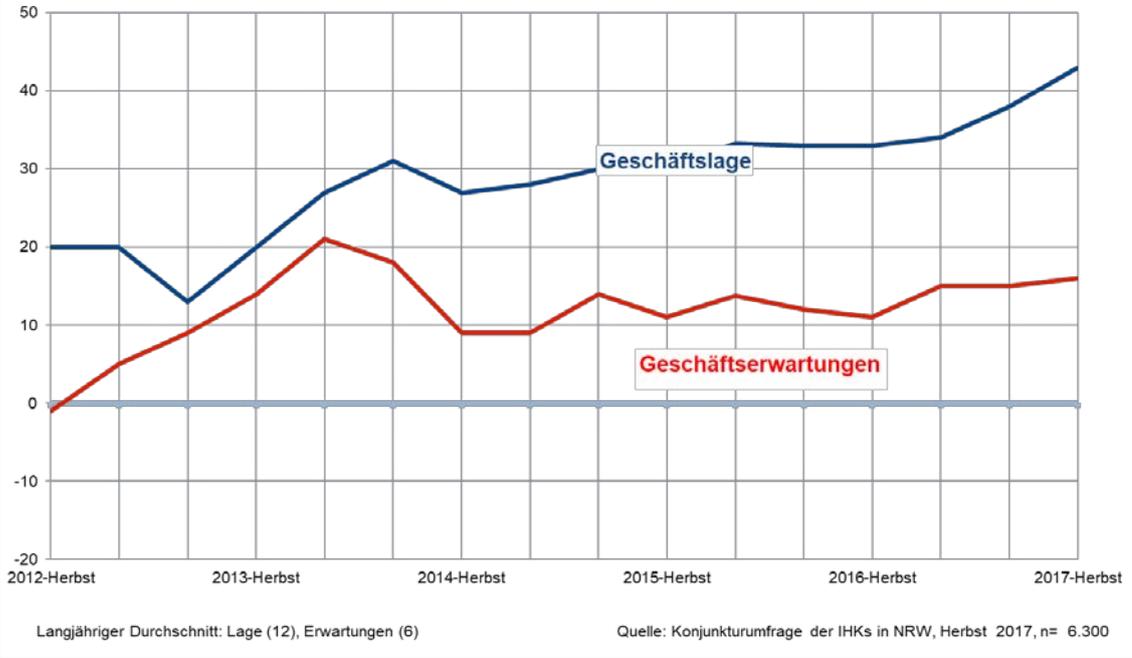
Regelmäßig befragen die Industrie- und Handelskammern in NRW ihre Mitgliedsunternehmen nach ihren wirtschaftlichen Aussichten. In der jüngsten Umfrage aus dem Herbst 2017 beurteilt der überwiegende Teil der befragten Unternehmen (50 Prozent) aus Industrie, Handel und dem Dienstleistungssektor ihre Geschäftslage als gut. Lediglich sieben Prozent sind mit der Geschäftsentwicklung unzufrieden. Im Jahresverlauf 2017 hat sich die Konjunktur weiter stabilisiert (Grafik 1).

Über den Jahreswechsel sind die Unternehmen überwiegend optimistisch, dass sich die positive Geschäftsentwicklung fortsetzt: 25 Prozent der Unternehmen erwarten ein Anziehen, neun Prozent ein Verlangsamen ihrer Geschäftstätigkeit. Zwei Drittel der befragten Unternehmen erwarten eine konstante Geschäftsentwicklung.

Die Wirtschaftsdynamik in NRW ist intakt. In der Mehrzahl erwarten die Unternehmen, dass die klassischen Konjunkturtreiber – die Inlands- und die Auslandsnachfrage – im kommenden Jahr stabil bleiben. Aktuell treten strukturelle Risiken in den Vordergrund. Schon jedes zweite der rund 6.300 antwortenden Unternehmen sorgt sich um die Sicherung des Fachkräftebedarfs (Grafik 2). Die Sorge vor Unsicherheiten in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (38 Prozent) folgt an zweiter Stelle der Konjunkturrisiken und bleibt insbesondere nach dem Ausgang der Bundestagswahl problematisch.

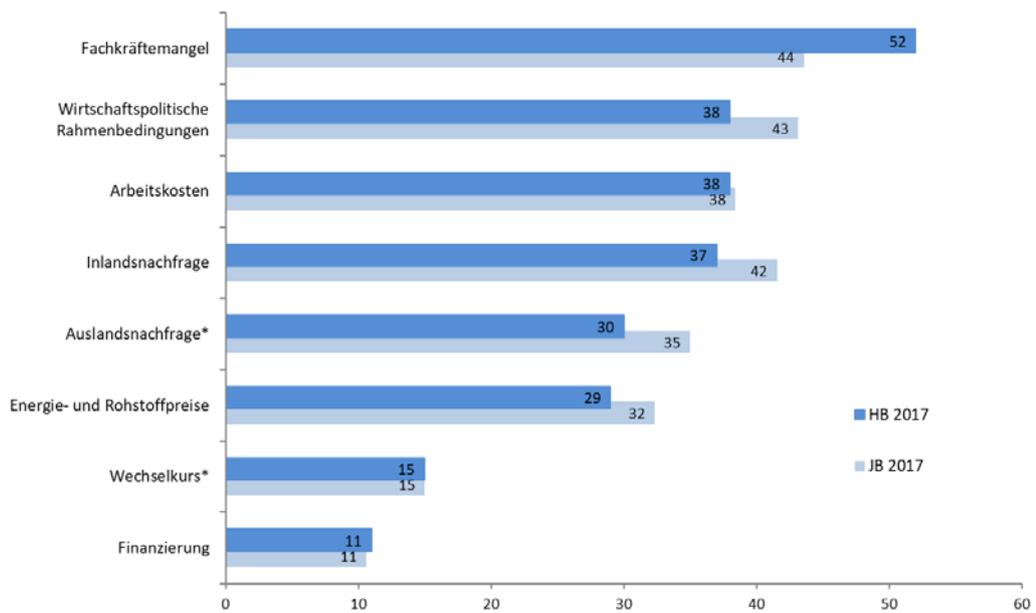
Konjunkturaussichten in NRW, Herbst 2017

"Lage bestens, Erwartungen gut - NRW im Aufschwung"



Wirtschaftlichen Risiken für die Konjunktur in NRW, in Prozent

"Konjunkturrisiko Nr. 1: Fachkräftesicherung"



Auch 2018 wird die konjunkturelle Entwicklung in Nordrhein-Westfalen durch Sonderfaktoren wie das historisch niedrige Zinsniveau getragen. In der Binnenkonjunktur sorgen Rekordbeschäftigung und Kaufkraftgewinne bei den privaten Haushalten für eine stabile Nachfrage.

Für das kommende Jahr hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) seine Wachstumsprognose für das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands auf 2,3 Prozent angehoben. Zuletzt ist es Nordrhein-Westfalen gelungen, zumindest zum Wachstum in Deutschland aufzuschließen. Für die kommenden Jahre sollte es das gemeinsame Ziel sein, wieder in die Spitzengruppe der dynamischeren Bundesländer aufzuschließen.

Günstige Rahmenbedingungen nutzen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind damit außerordentlich günstig, um die notwendige Konsolidierung des Landeshaushalts und die Investitionen in Wachstum und Bildung voranzutreiben. Der Prognose der Bundesregierung folgend werden die Steuereinnahmen in Deutschland mit der Konjunktur in den Jahren von 2018 bis 2022 durchschnittlich um 3,9 Prozent steigen. Auch die Länder sollen bis 2022 mit fast 70 Milliarden mehr Steuereinnahmen rechnen können. Dabei ist die geplante Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs berücksichtigt. NRW rechnet für 2018 mit einem Anstieg der Steuereinnahmen von 3,2 Prozent. Bis in das Jahr 2021 sollen die Steuereinnahmen der mittelfristigen Finanzplanung folgend in NRW um weitere zehn Milliarden steigen.

Für NRW plant die neue Landesregierung 2018 mit einem Rekordhaushalt mit einem Gesamtvolumen von 74,5 Milliarden Euro. Dennoch soll der Landeshaushalt erstmals seit 1973 ohne neue Kredite auskommen, insbesondere in der der auf der Einnahmenseite gewonnenen Spielraum für eine Rückführung der Nettoneuverschuldung genutzt wird. In den folgenden Jahren sieht die mittelfristige Finanzplanung dann wachsende Überschüsse vor. Damit soll nicht nur die Schuldenbremse eingehalten werden, sondern Spielräume zur Rückführung des Schuldenstandes von über 141 Mrd. Euro entstehen.

Erstmals sollen die Ausgaben langsamer als die Einnahmen wachsen. Damit schafft die Landesregierung die erste Voraussetzung, um den Landeshaushalt auch langfristig zu konsolidieren. Auch wenn das Ausgabenwachstum relativ moderat ausfällt, plant die neue Landesregierung dennoch steigende Personalausgaben von 3,3 Prozent. Durch einen nicht unerheblichen Stellenaufbau werden langfristig Finanzmittel gebunden. Dagegen steigen die Investitionsausgaben lediglich um 1,3 Prozent.

Um weitere Spielräume für konjunkturell schlechtere Zeiten zu schaffen, wird es darauf ankommen, das strukturelle Defizit des Landeshaushalts dauerhaft zu reduzieren, in dem das Leistungsspektrum sowie die Spezifizierung der Pflichtaufgaben kritisch nach Art und Höhe überprüft werden. Angesichts des Schuldenstandes darf das Haushaltsrisiko einer Zinswende nicht außer Acht gelassen werden. Auch für Europa wird eine Wende in der Geldpolitik in naher Zukunft wahrscheinlicher.

Bereits im Koalitionsvertrag hat die neue Landesregierung angekündigt, alle Ausgaben des Landes auf einen effizienten Mitteleinsatz zu prüfen und eine ehrliche Aufgabenkritik durchzuführen. Ohne ein solches, auf Nachhaltigkeit ausgelegtes Konzept zur Verringerung der tatsächlichen Ausgaben, wird das strukturelle Defizit im Landeshaushalt in einem schwieriger werdenden konjunkturellen- oder Zinsumfeld deutlicher zutage treten. Mit Einsparungen von geplant 131 Millionen für 2018 unternimmt die Landesregierung einen ersten, wenn auch kleinen Schritt in die richtige Richtung.

Spielraum für strukturelle Investitionen und nachhaltige Kommunalfinanzen

In einer guten Konjunkturlage, wie wir sie derzeit sehen, sollten die vorhandenen, vor allem aber die aus den wachsenden Steuereinnahmen hinzukommenden Mittel konsequenter für investive Vorhaben eingesetzt werden, die geeignet sind, die Wachstumsbasis für NRW zu verbreitern und die Finanzsituation der Kommunen zu stabilisieren. Denn letztlich sind es die Kommunen, die in Infrastruktur und in Bildung investieren.

Der mittelfristigen Finanzplanung folgend soll die Investitionsquote in NRW zunächst - über den Pfad der Vorgängerregierung hinaus - ansteigen, mittelfristig aber dann wieder von 9,4 Prozent auf 8,7 Prozent im Jahr 2020 wieder absinken. Mit Blick auf die Zukunft des Wirtschaftsstandorts NRW fällt den öffentlichen Investitionen in den Bereichen Bildung und Infrastruktur eine wichtige, vielleicht die zentrale Rolle zu. Auch wenn nicht alle Haushaltsbereiche etwa in der Bildung oder bei vorbereitenden Planungsarbeiten, in die das Land investiert, auch als Investitionen erfasst werden, steht die Investitionsquote dennoch im Fokus der Betrachter. Von der Verkehrs- bzw. der Mobilitätsinfrastruktur, über den Ausbau der Breitbandnetze, über die Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen bis hin zu Energieinfrastruktur stehen alle technischen Infrastrukturen getrieben von der Digitalisierung auf der einen und vom demografischen Wandel auf der anderen Seite vor erheblichen Investitionsanforderungen.

Um durch gezielte öffentliche Investition die Wachstumsbasis in NRW zu erhöhen, sollte die Landesregierung eine umfassende Investitionsstrategie aufbauen. Diese Strategie könnte dazu beitragen, die Investitionsplanungen in den öffentlichen Haushalten zu verstetigen, Kapazitäten in der Wirtschaft und Investitionen langfristig planbar zu ermöglichen.

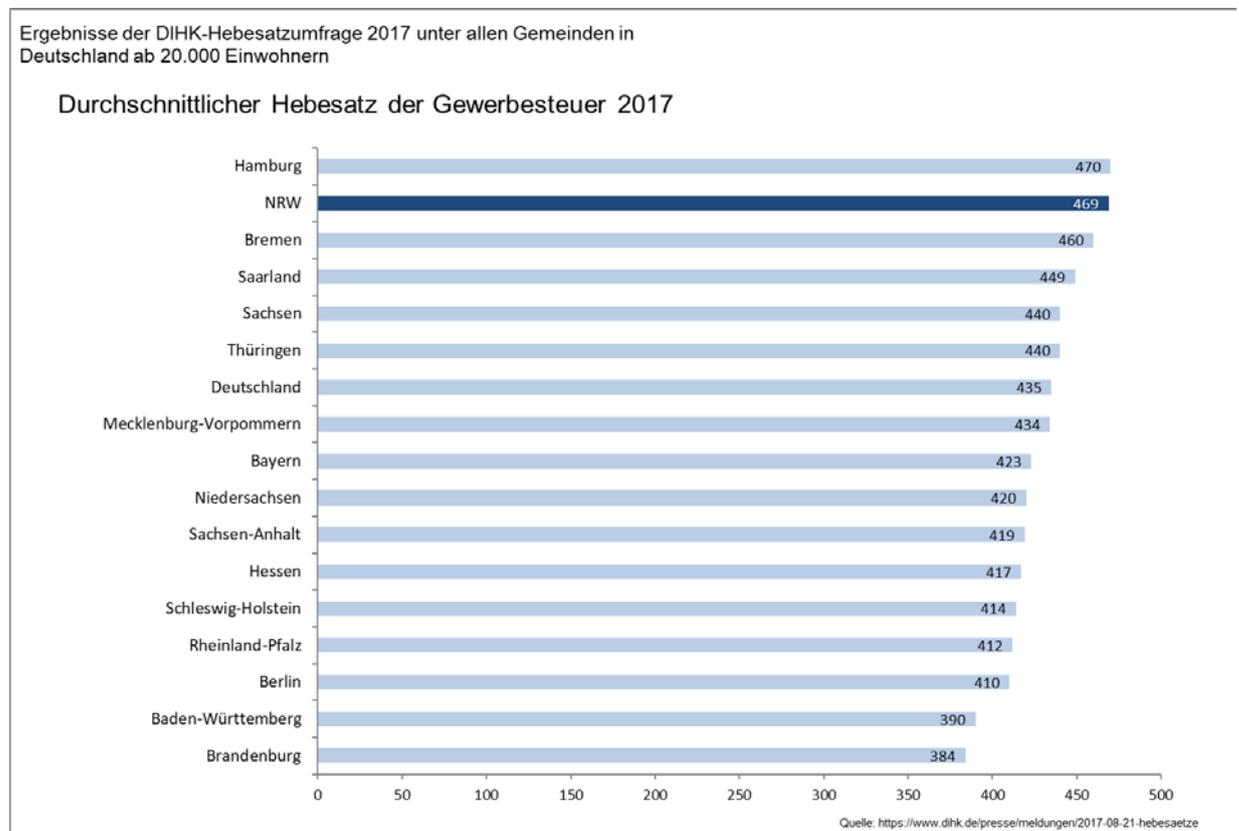
Dies ist für die Wachstumsaussichten NRW umso mehr notwendig, da öffentliche Investitionen nicht nur die Standortbedingungen für die Wirtschaft allgemein verbessern, sondern auch ihrerseits Unternehmen motivieren, in ihre Standorte in NRW zu investieren. Der Flaschenhals für die Umsetzung notwendiger Projekte sind immer wieder die Planungskapazitäten und -strukturen. Auch hier muss investiert werden – in Personal, eine bessere technische Ausstattung und in straffere Verfahren.

Daneben wird aller Voraussicht nach mit den Entscheidungen in den USA und in Großbritannien der Steuerwettbewerb erneut entfacht. Diese Diskussion wird insbesondere die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen aufgrund der im Vergleich der Bundesländer überdurchschnittlichen Belastung durch die Realsteuerhebesätze treffen.

Richtigerweise setzt sich die neue Landesregierung im Koalitionsvertrag daher das Ziel, die Steuererhöhungsspirale bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer zu stoppen. Über die Einführung einer faktischen „Grund- und Gewerbesteuerbremse“ sollen die fiktiven Hebesätze im Gemeindefinanzierungsgesetz eingefroren und damit die finanziellen Anreizwirkungen zu kommunalen Steuererhöhungen gemindert werden. An einem runden Tisch sollen mittel- und langfristige Maßnahmen zur dauerhaften Absenkung des Hebesatz-Niveaus bei den Kommunalsteuern erarbeitet werden.

Dies ist in NRW dringend erforderlich. Trotz der wachsenden Steuereinnahmen haben allein im vergangenen Jahr mehr als 40 der 208 NRW-Gemeinden mit über 20.000 Einwohnern ihren Gewerbesteuerhebesatz im Jahr 2017 angehoben. Das zeigt die Realsteuer-Hebesatzumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (Grafik 3). Und auch für 2018 sind weitere Erhöhungen der kommunalen Hebesätze in einigen Landesteilen angekündigt.

Die steigenden Hebesätze und die teils weiterhin kritischen Kommunalfinzen zeigen, dass sich die neue Landes- wie auch die kommende Bundesregierung grundlegend damit auseinandersetzen sollten, wie die Finanzierung der Gemeinden auf eine moderne und breitere Grundlage gestellt werden kann. Denn nur, wenn diese gesichert ist, können die Kommunen die nötigen Investitionen in Infrastruktur und Bildung tätigen, ohne zugleich über die Erhöhungen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B die Standortattraktivität zu gefährden.





IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

IHK NRW ist der Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.